



Informationsgespräch bzgl. Ausbau der flächendeckenden Antidiskriminierungsberatung

Donnerstag, 21.12.2022 | 11:00–12:30 Uhr

Allgemeine Datenschutzhinweise

Grundlagen

Bei der Organisation von (Fach-)Veranstaltungen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes werden - zur administrativen Abwicklung der Veranstaltung und aus Gründen der Sicherheit - personenbezogene Daten verarbeitet.

Dies können insbesondere sein:

- Name, Vorname
- gegebenenfalls Titel und Funktion gegebenenfalls entsendende Stelle
- gegebenenfalls Adress- und Kontaktdaten

Es wurden technische und organisatorische Maßnahmen getroffen, die sicherstellen, dass die Vorschriften über den Datenschutz eingehalten werden. Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt in Übereinstimmung mit der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

Personenbezogene Daten sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt identifiziert werden kann - insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung.

Personen unter 16 Jahren sollten ohne Zustimmung der Eltern oder Erziehungsberechtigten keine personenbezogenen Daten übermitteln. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe e DSGVO in Verbindung mit § 27 AGG sowie § 3 BDSG.

Die personenbezogenen Angaben werden gelöscht, soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben der Antidiskriminierungsstelle des Bundes nicht mehr benötigt werden beziehungsweise nach Maßgabe der geltenden Vorschriften für die Erforderlichkeit der Aktenführung.

Welche personenbezogenen Daten bei der Kontaktaufnahme mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes verarbeitet werden, richtet sich stets nach der Art der Leistung, die von Ihnen in Anspruch genommen wird, dem Kommunikationsweg und dem Inhalt Ihrer Angaben.





Verantwortliche Person und Datenschutzbeauftragte*r

Verantwortlich für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten ist:

Antidiskriminierungsstelle des Bundes
beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
Glinkastraße 24
10117 Berlin
E-Mail: [poststelle\[at\]ads.bund.de](mailto:poststelle[at]ads.bund.de)
Telefon: 030 18555-0

Bei konkreten Fragen zum Schutz ihrer Daten können Betroffene sich an die Datenschutzbeauftragte im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wenden:

Beauftragte für den Datenschutz im BMFSFJ
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Glinkastraße 24
10117 Berlin
Telefon: 030 18555-0
E-Mail: [datenschutzbeauftragte\[at\]bmfsfj.bund.de](mailto:datenschutzbeauftragte[at]bmfsfj.bund.de)

Kontaktaufnahme mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Wenn Sie uns anschreiben oder auf elektronischem Wege in Kontakt mit uns aufnehmen, ist Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogene Angaben Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e, Abs. 2 DSGVO in Verbindung mit § 27 AGG sowie § 3 BDSG (Erfüllung der in der Zuständigkeit liegenden Aufgabe) sowie nach Art. 9 Abs. 2 Buchstabe h Abs. 4 DSGVO in Verbindung mit § 22 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a BDSG.

Rechte von Nutzer*innen

Nutzer*innen haben folgende Rechte hinsichtlich der sie betreffenden personenbezogenen Daten:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)
- Recht auf Widerspruch gegen die Erhebung, Verarbeitung und/oder Nutzung (Art. 21 DSGVO)





Soweit die Verarbeitung der personenbezogenen Daten auf Grundlage einer Einwilligung erfolgt (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a DSGVO), können Betroffene diese jederzeit für den entsprechenden Zweck widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung aufgrund der getätigten Einwilligung bleibt bis zum Eingang des Widerrufs unberührt (Art. 7 Abs. 3 DSGVO).

Die vorgenannten Rechte können bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes oder der Beauftragten für den Datenschutz beim BMFSFJ schriftlich geltend gemacht werden. Zudem steht Betroffenen gemäß Art. 77 DSGVO ein Beschwerderecht bei der datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörde, der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, zu.

Hinweis zur Nutzung von Webex Meetings

Bitte beachten Sie, dass die Nutzung der Anwendung Webex Meetings für die digitale Veranstaltung den Datenschutzhinweisen der Webex Communications Deutschland GmbH unterliegt.

Sollten Sie den Datenschutzhinweisen des Anbietenden nicht zustimmen, ist eine Teilnahme an der Veranstaltung leider nicht möglich!

